

PROTOKOLL BÜRGERINFORMATION

Körperschaft:	Gemeinde Bad Zwischenahn		
Gremium	Rat der Gemeinde		
Sitzung am:	Dienstag, 08.05.2018		
Sitzungsort:	Gastwirtschaft "Meta Goldener Adler", Aschhausen, Wiefelsteder Straße 47		
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr	Sitzungsende:	18:43 Uhr

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ratsvorsitzender

Herr Jochen Finke CDU

die weiteren Mitglieder des Rates

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling
Herr Frank Arntjen SPD
Herr Edgar Autenrieb DIE LINKE.
Frau Annegret Bohlen SPD
Frau Gunda Bruns ÖDP
Frau Maria Bruns CDU
Herr Dr. Ulf Burmeister CDU
Herr Michael Cordes FDP
Herr Jonny Deeken FDP
Herr Diethard Dehnert Die Zwischenahner
Herr Henning Dierks SPD
Frau Katharina Fischer SPD
Herr Ralf Haake CDU
Herr Dieter Helms CDU
Herr Jan Hullmann Die Zwischenahner
Frau Manuela Imkeit SPD
Herr Bernd Janßen GRÜNE
Herr Horst Karnau SPD
Herr Arne Keil GRÜNE 17:18 Uhr (zu TOP 4.4)
Herr Peter Kellermann-Schmidt CDU
Herr Georg Köster GRÜNE
Herr Werner Kruse SPD
Herr Philipp Linnemann CDU
Frau Beate Logemann SPD
Herr Wolfgang Mickelat SPD
Herr Wolfgang Mrotzek Die Zwischenahner
Herr Jochen Osmers CDU
Herr Stefan Pfeiffer CDU
Herr Ludger Schlüter GRÜNE
Frau Kirsten Schwengels CDU
Herr Norbert Steinhoff FDP
Herr Evert-Geert Wassink CDU

Verwaltung

Herr Wilfried Fischer
Herr Carsten Meyer
Herr Rolf Oeljeschläger
Frau Sabine Krüger
Frau Sabine Weiß
Frau Marion Claaßen

Protokollführerin

entschuldigt fehlen:

die weiteren Mitglieder des Rates

Herr Martin Ebert	SPD
Herr Dr. Frank Martin	CDU
Herr Klaus Warnken	CDU
Herr Dr. Peter Wengelowski	SPD

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 4 |
| 2. | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 06.03.2018 (Nr. 67) | 4 |
| 3. | Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat | 4 |
| 3.1. | Bericht des Bürgermeister über Termine und Veranstaltungen | 4 |
| 4. | Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge | 4 |
| 4.1. | Mitwirkung von Schöffen in der Strafgerichtsbarkeit
hier: Schöffenwahl für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023
- VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.1 -
Vorlagen: BV/2018/062 und BV/2018/062/1 | 4 |
| 4.2. | Bestellung einer Bezirksvorsteherin für die Bauerschaft Helle
- VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.2 -
Vorlage: BV/2018/059 | 5 |
| 4.3. | Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen
- VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.3 -
Vorlage: BV/2018/046 | 5 |
| 4.4. | Außer- und überplanmäßige Ausgaben
a) Kenntnisnahme eines Eilbeschlusses zur Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben
b) Genehmigung von außer- und überplanmäßigen Ausgaben
- VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.4 -
Vorlage: BV/2018/067 | 5 |

4.5.	Konzept zur Steuerung einer nachbarschaftsverträglichen Innenentwicklung hier: Behandlung des Ergebnisses der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange sowie Beschlussfassung des Konzeptes - PIEnUm/StruVA vom 13.02.2018 (Protokoll Nr. 64), TOP 6 - - VA vom 20.02.2018 (Protokoll Nr. 65), TOP 7.9 - - VA vom 13.03.2018 (Protokoll Nr. 68), TOP 7.1 - Vorlage: BV/2018/019	7
4.6.	Bebauungsplan Nr. 160 - Sondergebiet Verbrauchermarkt Reihdamm - hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungs- beschluss - PIEnUm vom 17.04.2018 (Protokoll Nr. 71), TOP 4 - - VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.5 - Vorlage: BV/2018/036	8
4.7.	Bebauungsplan Nr. 154 - Östlich An den Kolonaten - sowie dazugehörige 64. Änderung des Flächennutzungsplanes hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungs- und Feststellungsbeschluss - PIEnUm vom 17.04.2018 (Protokoll Nr. 71), TOP 5 - - VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.6 - Vorlage: BV/2018/037	9
4.8.	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 - Petersfehn -, 3. Änderung des Be- bauungsplanes Nr. 3 - Petersfehn - und 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 P - Petersfehn - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Baugesetzbuch (BauGB) hier: Behandlung des Ergebnisses aus den öffentlichen Auslegungen und Satzungsbeschlüsse - PIEnUm vom 17.04.2018 (Protokoll Nr. 71), TOP 6 - - VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.7 - Vorlage: BV/2018/038	10
4.9.	Widmungsergänzung „Sonnenweg“ in Bad Zwischenahn - VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.8 - Vorlage: BV/2018/066	11
5.	Anfragen und Hinweise	11
5.1.	Entwicklung der Außenbereiche	11
5.2.	Situation am Bachstelzenweg	12
5.3.	Zeitpunkt für Mäharbeiten im Straßenseitenraum	12
5.4.	DB-Agentur für den Verkauf von Bahnfahrkarten in Bad Zwischenahn	12
6.	Einwohnerfragestunde	12

Nicht öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

RV Finke eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn des Protokolls aufgeführt ist.

2 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 06.03.2018 (Nr. 67)

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls vom 06.03.2018 (Nr. 67) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

3 Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat

3.1 Bericht des Bürgermeister über Termine und Veranstaltungen

BM Dr. Schilling berichtet über die seit der letzten Ratssitzung wahrgenommenen Termine und Veranstaltungen.

4 Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge

4.1 Mitwirkung von Schöffen in der Strafgerichtsbarkeit hier: Schöffenwahl für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 - VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.1 - Vorlagen: BV/2018/062 und BV/2018/062/1

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde beschließt die der Beschlussvorlage BV/2018/062/1 als Anlage beigefügte Vorschlagsliste für die Schöffenwahl.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

**4.2 Bestellung einer Bezirksvorsteherin für die Bauerschaft Helle
- VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.2 -
Vorlage: BV/2018/059**

Beschluss:

Frau Meike Meinen wird zur Bezirksvorsteherin für die Bauerschaft Helle bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

**4.3 Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen
- VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.3 -
Vorlage: BV/2018/046**

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Spenden des Fördervereins der „bibliothek am meer“ aus dem Jahr 2017 anzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 40 -

**4.4 Außer- und überplanmäßige Ausgaben
a) Kenntnisnahme eines Eilbeschlusses zur Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben
b) Genehmigung von außer- und überplanmäßigen Ausgaben
- VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.4 -
Vorlage: BV/2018/067**

Auf die Frage von RM Autenrieb erklärt FBL Oeljeschläger, dass sich die verfügbare Gewerbefläche in Petersfehn, An den Kolonaten, um fünf Hektar reduziere, sollten die Mehrkosten für die Erschließung nicht bereitgestellt werden.

Von RM Steinhoff wird die Sanierung des Strandcafés als „Fass ohne Boden“ bezeichnet. Die Toiletten seien noch nicht saniert. FDP-Fraktion bittet um Vorlage eines Investitionsplanes.

BM Dr. Schilling sagt, dass die Mehrausgaben im Verwaltungsausschuss dargelegt worden seien, die verlängerte Bauzeit sei in erheblichem Maße witterungsbedingt und daher nicht absehbar gewesen.

FBL Meyer berichtet über den aktuellen Stand der Sanierungsarbeiten. Die Arbeiten seien weit fortgeschritten, so dass von weiteren erheblichen Mehrkosten nicht auszugehen sei. Die Baumaßnahme soll Ende Mai abgeschlossen sein.

RM Frau M. Bruns führt aus, dass die Ausgaben hinreichend begründet worden seien und zur Sicherung der Umsetzung der Maßnahmen getätigt werden müssen. Wichtig sei der Nachweis, wohin die Mittel fließen. Bei dem Gewerbegebiet trete die Gemeinde in Vorleistung. Auch die CDU ärgere sich über die erheblichen Mehrkosten für die Sanierung des Strandcafés. Die Gemeinde sei bei dem Strandcafé von einer Sanierung statt einem Neubau als günstige Variante auf Basis der Kostenschätzungen ausgegangen. Bislang seien die Kosten der Sanierung immer noch günstiger als der Neubau. Es sei bedauerlich, dass der Zuschuss vom Landkreis für die Mehraufwendungen eingesetzt werden müsse. Die CDU werde dem Beschlussvorschlag, wenn auch kritisch, zustimmen.

RM Dierks greift die Kritik seiner Vorredner auf, Kostenerhöhungen vorzubeugen. Seiner Auffassung nach sei die Kostensteigerung nicht explosionsartig und nicht als „Fass ohne Boden“ zu bezeichnen. Die Küche sei das Herzstück des Gebäudes. Es sei die richtige Entscheidung gewesen, den Weg der Sanierung zu gehen, sonst wären deutlich höhere Kosten entstanden.

RM Dehnert geht auf das seines Erachtens leidige Thema der überplanmäßigen Ausgaben ein, dass von der Fraktion „Die Zwischenahner“ sehr kritisch gesehen werde. Es könne seiner Ansicht nach nicht sein, dass die Ausschreibungsergebnisse weit über den Kostenschätzungen liegen, die auf Kostenvoranschlägen basieren oder dass während der Bauphase derart höhere Kosten anfallen. Die Gemeinde habe in der Ausschreibung eine Zielvorstellung vorgenommen. Das System der Ausschreibung müsse geändert und Preissteigerungen z. B. auf 5 % oder 7% durch vertragliche Festlegung begrenzt werden. Mängel, wie z. B. feuchte Wände, müssten vom Bauunternehmer vorab erkannt werden, gegebenenfalls mit speziellen Geräten. Überplanmäßige Ausgaben sollten vermieden werden durch eine intensive Vorplanung der Investitionsmaßnahmen unter Einbeziehung eines qualifizierten Baumanagements und nach Beendigung der Maßnahme durch ein internes Bauinvestitionscontrolling. Er verweist auf die Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes. Gebäudemanagement und Kämmerei müssten enger zusammenarbeiten, Planung und Bezahlung der Maßnahmen besser abgestimmt sein. Er kündigt an, die Thematik in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus noch einmal anzusprechen.

BM Dr. Schilling verweist auf die Hochkonjunktur. Die Ausschreibungen werden von einem Fachbüro begleitet, in deren Kalkulation das konjunkturelle Verhalten der Unternehmer nicht vollständig berücksichtigt werden könne. Daher liegen die Ausschreibungsergebnisse über den Kalkulationen, wie bei der Sanierung der Ahornstraße. Die Tiefbauunternehmen haben so viele Aufträge, dass sie diese kaum abarbeiten können, manche Angebote erscheinen wie Abwehrangebote. Er erinnert daran, dass die Ausschreibung für die Beleuchtung im Kurpark aufgehoben worden sei, weil der Haushaltsansatz deutlich überschritten wurde. Die erneute leicht veränderte Ausschreibung habe wiederum Ergebnisse im Kalkulationsrahmen gebracht. Eine Abwägung zwischen einem Neubau und einer Sanierung des Strandcafés sei vorgenommen worden. Da bei einem Neubau auch ein Einnahmeausfall für den Pächter von einem Jahr zu berücksichtigen sei, habe die Gemeindeverwaltung durchaus wirtschaftlich gehandelt. Zu dem Bauinvestitionscontrolling wird die Verwaltung in der WuFT-Sitzung Stellung nehmen.

Auf den Einwand von RM Janßen, hinsichtlich der dringend notwendigen Sanierung der öffentlichen Toiletten erklärt FBL Meyer, dass dafür Fördermittel aus dem Leader-Programm beantragt werden sollen. Sobald eine Zusage vorliege, werde mit der Toiletten-sanierung begonnen.

RM Cordes stellt den **Antrag**, über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben einzeln abzustimmen. Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, einer Stimmenthaltung und 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

1. Der Rat der Gemeinde nimmt folgenden Eilbeschluss zur Kenntnis:

„Für die Anschaffung eines Aufsitzmähers mit Anbaugeräten und eines Kopierers für die Grundschule Am Wiesengrund werden bei der Buchungsstelle 21.1.10.01/0002.783110 überplanmäßig entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch die Inzahlungnahme des defekten Aufsitzmähers, Minderausgaben bei der Anschaffung von beweglichem Vermögen für die Grundschule Am Wiesengrund sowie Mehreinnahmen bei der Zuführung vom Landkreis.“

2. Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben für

- a) die Anschaffung einer Schrankwand für die Grundschule Am Wiesengrund
- b) die betriebliche Gesundheitsförderung
- c) die Sanierung der Ahornstraße
- d) die Straßensanierung.
- e) die Erschließung des Gewerbegebietes An den Kolonaten in Petersfehn
- f) die Sanierung des Strandcafés

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind gedeckt durch die Mehreinnahmen aus dem einmaligen allgemeinen Zuschuss, den die Gemeinde vom Landkreis Ammerland erhalten hat.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	3
Stimmenthaltungen:	5

- 20, 61, 65 -

4.5 Konzept zur Steuerung einer nachbarschaftsverträglichen Innenentwicklung hier: Behandlung des Ergebnisses der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange sowie Beschlussfassung des Konzeptes - PIEnUm/StruVA vom 13.02.2018 (Protokoll Nr. 64), TOP 6 - - VA vom 20.02.2018 (Protokoll Nr. 65), TOP 7.9 - - VA vom 13.03.2018 (Protokoll Nr. 68), TOP 7.1 - Vorlage: BV/2018/019

FBL Meyer trägt vor, dass mit dem Konzept ein wesentliches Steuerungsinstrument zur Entscheidung vorliege, das dazu beitrage, die zunehmenden städtebaulichen Spannungen zwischen einer notwendigen Innenverdichtung und den gewachsenen Ortsstrukturen in Einklang zu bringen. In den Sitzungen des Arbeitskreises wurden Rahmenbedingungen erarbeitet, die dem Anspruch einer nachbarschaftsverträglichen Innenentwicklung gerecht werden und eine verträgliche Nachverdichtung sicherstellen sollen.

RM Frau M. Bruns begrüßt das sinnvolle Konzept. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

RM Arntjen stellt heraus, dass das Konzept zur Steuerung einer nachbarschaftsverträglichen Innenentwicklung ein Meilenstein sei; die bindende Wirkung sei wichtig. Der Arbeitskreis habe sich in zwei Sitzungen intensiv mit der Angelegenheit auseinandergesetzt und eine gute Lösung gefunden. Veränderungen und Verbesserungen seien noch möglich,

aber der vorgelegten Form des Konzepts könne bedenkenlos zugestimmt werden. Es solle keine Planungsgrundlage für eine massive Nachverdichtung darstellen. Es gelte, eine übermäßige Verdichtung zu verhindern.

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde das Konzept ebenfalls gutgeheißen. RM Schlüter betont, dass eine notwendige nachbarschaftsverträgliche Nachverdichtung erreicht werde, wichtig sei aber, dass es lebenswert bleibt, in Bad Zwischenahn zu wohnen.

Beschluss:

Dem Konzept zur Steuerung einer nachbarschaftsverträglichen Innenentwicklung wird als informelle Planung gemäß § 1 Abs. 6 Baugesetzbuch zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	-
Stimmenthaltungen:	1

- 61-

4.6 Bebauungsplan Nr. 160 - Sondergebiet Verbrauchermarkt Reihdamm - hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss **- PIEnUm vom 17.04.2018 (Protokoll Nr. 71), TOP 4 -** **- VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.5 -** **Vorlage: BV/2018/036**

FBL Meyer erläutert die Beschlussvorlage. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 160 - Sondergebiet Verbrauchermarkt Reihdamm - mit Begründung und Umweltbericht hat in der Zeit vom 24.01.2018 bis zum 26.02.2018 im Rathaus öffentlich ausgelegen. Auch auf der Homepage der Gemeinde waren die Entwurfsunterlagen einsehbar. Von den Bürgerinnen und Bürgern seien keine Stellungnahmen eingereicht worden. Die Stellungnahmen und Abwägungsvorschläge der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sind mit der Beschlussvorlage vorgelegt worden. Er merkt an, dass mit dieser Planung weiterhin konsequent das Ziel verfolgt werde, städtebaulich integrierte Standorte für die SB-Märkte auszuweisen.

RM Dierks führt aus, dass sich seit der Diskussion um den Verbrauchermarkt in Ofen gezeigt habe, dass 800 bis 1.000 m² Verkaufsfläche nicht mehr ausreichen und ein größeres Sortiment vorgehalten werden müsse, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Nach dem CIMA-Gutachten seien auch die raumordnerischen Vorgaben in Ordnung. Die Planung entspreche einer mittelzentralen Planung. Der EDEKA-Markt präge den nicht besonders attraktiven Bereich am Reihdamm. Es biete sich nun die Chance, den Bereich optisch neu zu entwickeln und dabei den Rad- und Fußweg deutlich zu verbreitern sowie durch eine Heckenpflanzung zu trennen. Zu begrüßen sei insbesondere, dass der Bereich zwischen dem EDEKA-Markt und dem Bekleidungshaus Ripken mit in die Neugestaltung eingebunden werde. Es entstehe eine Aufwertung des Ortsbildes. Die SPD-Fraktion werde dem Bebauungsplan zustimmen.

RM Autenrieb gibt zu bedenken, dass bereits mehrere große Märkte in Bad Zwischenahn vorhanden seien und die Fläche nicht dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehe. Sollte die Bäderregelung mit der Sonntagsöffnung zurückgenommen werden, seien Existenzen gefährdet.

RM Köster teilt mit, dass er dem Beschlussvorschlag und damit dem Überangebot an Supermärkten im Ort nicht zustimmen werde. Das CIMA-Gutachten bescheinige immer eine Verträglichkeit, um die Erwartungen einzuhalten.

Nach Ansicht von RM Steinhoff sollte auch der EDEKA-Markt eine Chance zur Erweiterung erhalten. Er stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 160 - Sondergebiet Verbrauchermarkt Reihdamm - mit dazugehöriger Begründung und Umweltbericht vorgetragene Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 160 - Sondergebiet Verbrauchermarkt Reihdamm - wird als Satzung mit Begründung und Umweltbericht beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	3
Stimmenthaltungen:	3

4.7 Bebauungsplan Nr. 154 - Östlich An den Kolonaten - sowie dazugehörige 64. Änderung des Flächennutzungsplanes hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungs- und Feststellungsbeschluss - PIEnUm vom 17.04.2018 (Protokoll Nr. 71), TOP 5 - - VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.6 - Vorlage: BV/2018/037

RM Schlüter teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Bebauungsplan nicht zustimmen werde. Auch wenn die Bodenverhältnisse nicht optimal seien, sei der Bereich Petersfehn in Nähe zu Oldenburg für gewerbliche Nutzungen interessant. Die Planung sei überzeichnet, da die Nachfrage größer sei, als die zur Verfügung stehenden gewerblichen Flächen. Es sei bedauerlich, wenn nicht der Blick in die Zukunft gerichtet und vorsorglich die Option geschaffen werde, weitere Gewerbeflächen in Richtung Osten ausweisen zu können. Durch die Ansiedlung von Gewerbebetrieben lasse sich die Arbeitslosenquote reduzieren.

RM Frau M. Bruns verweist auf die Sitzung des Ausschusses für Planung, Energie und Umwelt, in der auf die moorige Bodenbeschaffenheit hingewiesen worden war. Die Erschließungskosten seien unverhältnismäßig teuer, die Oberflächenentwässerung schwierig und somit die Fläche als ungeeignet anzusehen. Eine Erschließung einer möglichen Erweiterung könne auch über die Mittellinie erfolgen. Die Möglichkeiten der Erweiterung des Gewerbegebietes für die Zukunft seien somit keinesfalls verbaut, auch wenn der Grünstreifen für eine weiterführende Erschließungsstraße in Richtung Osten mit veräußert werde. Die Grenze zur Stadt Oldenburg sollte durch den Grünbereich betont bleiben. Die CDU-Fraktion werde dem Bebauungsplan ohne eine weitere gewerbliche Anbindung zustimmen.

RM Autenrieb hält die Erweiterung des Gewerbegebietes nicht für erforderlich. Für den Bürger sei nicht verständlich, dass Grünflächen und Natur veräußert werden, um dort Hallen zu errichten. Es stelle sich die Frage, welchen Preis der Bürger zahlen müsse, damit Natur und Grünflächen verschont bleiben. Er erinnert an seine Anregung, exemplarisch darzustellen, welche Vorteile die Gemeinde von der Ausweisung und Erschließung von Gewerbegebieten habe.

FBL Oeljeschläger antwortet, dass die Verwaltung dies versuchen wolle und im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus darüber berichten könne.

RM Arntjen stellt fest, dass eine Erschließungsstraße in Richtung Osten wünschenswert sei, aber die Hochkonjunktur auch nicht ewig andauern werde.

Für RM Steinhoff sei die Diskussion nicht nachvollziehbar. Bei Bedarf können weitere Gewerbeflächen erschlossen werden.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegungen der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Bebauungsplanes Nr. 154 - Östlich An den Kolonaten - mit den jeweiligen Begründungen und Umweltberichten vorgetragenen Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Es wird der Feststellungsbeschluss zu der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung und Umweltbericht gefasst.
3. Der Bebauungsplan Nr. 154 - Östlich An den Kolonaten - wird als Satzung mit Begründung und Umweltbericht beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	2

- I, 23/80, 61 -

- 4.8 **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 - Petersfehn - , 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 - Petersfehn - und 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 P - Petersfehn - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Baugesetzbuch (BauGB) hier: Behandlung des Ergebnisses aus den öffentlichen Auslegungen und Satzungsbeschlüsse**
- PIEnUm vom 17.04.2018 (Protokoll Nr. 71), TOP 6 -
- VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.7 -
Vorlage: BV/2018/038

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegungen der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 - Petersfehn -, der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 - Petersfehn - und der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 P - Petersfehn - sowie der dazugehörigen Begründungen vorgetragenen Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.

2. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 - Petersfehn -, die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 - Petersfehn - und die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 P - Petersfehn - mit den dazugehörigen Begründungen werden als Satzungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 61 -

**4.9 Widmungsergänzung „Sonnenweg“ in Bad Zwischenahn
- VA vom 24.04.2018 (Protokoll Nr. 72), TOP 7.8 -
Vorlage: BV/2018/066**

Beschluss:

Als Ortsstraße (O) wird gemäß § 6 des Nds. Straßengesetzes (NStrG) festgelegt und als solche in das Bestandsverzeichnis für die Gemeindestraßen und die sonstigen Straßen eingetragen und ergänzt:

<u>Straßenname</u>	<u>Straßenart/-nummer</u>
Widmungsergänzung „Sonnenweg“	O 280

Die Widmungsergänzung, die in Anlage 1 zur Beschlussvorlage rot schraffiert dargestellt ist, erstreckt sich auf das gemeindeeigene Flurstück 144 der Flur 36, Gemarkung Bad Zwischenahn.

Anfangspunkt: Auf dem Winkel
Endpunkt: südliche Grundstücksgrenze des Flurstücks 143, Flur 36,
Gemarkung Bad Zwischenahn
Gesamtlänge: ca. 30 m

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 61 -

5 Anfragen und Hinweise

5.1 Entwicklung der Außenbereiche

RM Schlüter bezieht sich auf die wesentlichen Verbesserungen am Reihdamm und bedauere, dass der Blick grundsätzlich mehr auf den Hauptort Bad Zwischenahn gerichtet sei. Er bittet, auch die Entwicklung der Außenbereiche im Rahmen der Haushaltsmittel zu berücksichtigen. In Petersfehn sei z. B. der Schulweg sehr beengt, der Fußweg werde auch von Radfahrern genutzt, optisch seien auch einige Bereiche verbesserungswürdig. Er regt an, einen Arbeitskreis einzurichten.

- 61 -

5.2 Situation am Bachstelzenweg

RM Autenrieb erkundigt sich, welche Maßnahmen am Bachstelzenweg vorgesehen seien. Es sei ein Durchfahrtsverbotsschild aufgestellt worden.

FBL Meyer antwortet, dass das Offiziersheim eine Strom- und Gasversorgung erhalte.

- 61 -

5.3 Zeitpunkt für Mäharbeiten im Straßenseitenraum

RM Dr. Burmeister bittet zu prüfen, ob zum Schutz der Tiere, insbesondere der Stockente, die Mäharbeiten, wie an einer Kreisstraße erfolgt, statt im Frühjahr zur Brut- und Setzzeit auch in der zweiten Jahreshälfte durchgeführt werden können.

Die Verwaltung wird die Anfrage an die Straßenmeisterei weiterleiten, da diese für die Unterhaltung der Landes- und Kreisstraße zuständig sei.

- 66 -

5.4 DB-Agentur für den Verkauf von Bahnfahrkarten in Bad Zwischenahn

RM Frau M. Bruns weist darauf hin, dass die DB-Agentur schließe und fragt, ob ein Fahrkartenverkauf in Bahnhofsnähe weiterhin gewährleistet sei. Die Verwaltung wird gebeten, im Gespräch mit den Verantwortlichen der Deutschen Bahn auf die Wichtigkeit dieses Services hinzuwirken.

BM Dr. Schilling teilt mit, dass er auch überrascht sei wegen der Schließung der Agentur. Die Bahn habe aber mitgeteilt, kurzfristig eine Ersatzlösung zu schaffen.

- 23/80 -

6 Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Zuhörern sind keine Anfragen gestellt worden.

Nicht öffentlicher Teil

RV Finke schließt die Sitzung.

Finke
Ratsvorsitzender

Dr. Schilling
Bürgermeister

Claaßen
Protokollführerin

Veröffentlicht: Hauptamt